



Eckhard Pols

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73880

Fax 030 227 – 76881

E-Mail: eckhard.pols@bundestag.de

16. Oktober 2018

## **Pols MdB: „Fehmarnbelttunnel muss bei Alpha-E berücksichtigt werden“**

**Berlin** Vor zusätzlichem Schienengüterverkehr im Landkreis Lüneburg als Folge des Verkehrsprojekts „Fehmarnbelttunnel“ warnt jetzt der CDU-Bundestagsabgeordnete für Lüchow-Dannenberg und Lüneburg, Eckhard Pols. Der Tunnel soll die dänische Insel Lolland mit der deutschen Insel Fehmarn verbinden und den Verkehr von Skandinavien über Deutschland in die Mittelmeerregion vereinfachen.

Pols, Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, betont: „Kommt der Fehmarnbelttunnel, wird das auch Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr hier bei uns in Lüneburg haben. Der Fehmarnbelttunnel ist wie die Bahnstrecke von Hamburg nach Hannover Bestandteil des Skandinavien-Mittelmeer-Korridors, den die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten plant.“

Der fast 18 Kilometer lange und voraussichtlich 7,1 Milliarden Euro teure Fehmarnbelttunnel wird aus einer vierspurigen Autobahn und einer zweigleisigen, elektrifizierten Bahnstrecke bestehen. „Die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite sieht nach Auskunft des Bundesverkehrsministeriums vor, den einen Teil des aus Skandinavien kommenden Schienengüterverkehrs nach Osten über Bad Kleinen und den ganzen Rest nach Maschen in Hamburg abzuführen. Doch damit ist dann noch nicht Schluss, denn irgendwie muss ja zumindest ein Teil der Güter weiter nach Süden transportiert werden. Dies würde dann ebenfalls über die Bahnstrecke Hamburg-Hannover erfolgen müssen“, erklärt Pols.

Pressemitteilung

# Pressemittteilung

Das müsse man bei der „Alpha-E“-Diskussion stärker als bisher berücksichtigen, so Pols weiter und ergänzt: „Es stehen noch viele Antworten zu Alpha-E aus, gerade auch bezüglich des transeuropäischen Verkehrsprojekts. Dies habe ich übrigens auch schon der Planungs- und Betreibergesellschaft des Fehmarnbelttunnels deutlich gemacht und bin dazu mit dem Koordinator der EU-Kommission in Kontakt. Wir brauchen endlich Klarheit über das, was man bei uns vor der Tür machen will. Ob wir als Region das dann auch so akzeptieren, ist noch einmal eine ganz andere Frage.“